

# Namen und Nachrichten



**Desmond Tutu** (83), Friedensnobelpreisträger aus Südafrika, ist erneut in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Er werde wegen einer Entzündung behandelt, sagte seine Tochter Mpho Tutu. Der frühere Erzbischof musste bereits im Juli zweimal in eine Klinik in Kapstadt. Bei Tutu wurde 1997 Prostatakrebs diagnostiziert. Der Geistliche bekam für seinen Kampf gegen das rassistische Apartheid-Regime 1984 den Friedensnobelpreis.



**Hillary Clinton** (67), US-Präsidentenwahlkämpferin, muss ihre E-Mails erneut einer Prüfung unterziehen. Nach einer vorläufigen Sichtung von Clintons Korrespondenz empfahlen Geheimdienstexperten, 305 Nachrichten erneut prüfen zu lassen. Demnach könnten sie Geheiminformationen enthalten. 2014 hatte Clinton 30 000 E-Mails an das Außenministerium übergeben. Ein Gericht hatte angeordnet, dass die Behörde die Dokumente bis 2016 öffentlich machen muss.



**Julian Assange** (44), WikiLeaks-Gründer, kann erneut aufatmen. Gestern ist ein weiterer Vorwurf gegen ihn verjährt. Nachdem die schwedische Staatsanwaltschaft vergangene Woche zwei Vorwürfe der sexuellen Belästigung und Nötigung von 2010 hatte fallen lassen müssen, kann er nun auch nicht mehr wegen eines Vorwurfs des sexuellen Missbrauchs verfolgt werden. Beim Vorwurf der Vergewaltigung endet die Frist erst 2020.



Ein Leben in der Warteschleife: Wer in Deutschland geduldet wird, wartet im Prinzip mit gepackten Koffern auf die Abschiebung. Gründe für eine verzögerte Abschiebung können Reiseunfähigkeit, ein fehlender Pass oder ein vom Krieg zerstörtes Heimatland sein. Foto: imago

## Zermürbende Warteschleife

Viele Flüchtlinge werden jahrelang von einer in die nächste Duldung geschickt

**Nürnberg** (epd). Die Rede ist von tausenden Menschen, die nach Europa fliehen. Das Schicksal von Flüchtlingen, die schon vor Jahren nach Deutschland gekommen sind und seitdem auf ein Bleiberecht hoffen, rückt in den Hintergrund.

Acht junge Männer aus Afghanistan, Ägypten und dem Iran sind vor fünf beziehungsweise sechs Jahren hierher geflohen. Aber sie fühlen sich wie Gefangene, haben »Angst, Stress und Sorgen«, wie sie gerade Manfred Schmidt, dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, in einem vierseitigen handschriftlichen Brief geschrieben haben. Die Männer haben in der Nürnberger Innenstadt ein Protestcamp aufgeschlagen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Ihr Problem heißt Kettenduldung. Sind Flüchtlinge geduldet, bedeutet das: Ihr Asylantrag wurde abgelehnt,

von einer Abschiebung wird aber zunächst abgesehen, zum Beispiel, weil die Flüchtlinge keinen gültigen Pass haben, krank sind oder die Sicherheitslage im Heimatland unübersichtlich ist. Es ist ein Leben in der Warteschleife, unter dem Jan Ali Habibi, einer der jungen Männer, leidet. Der 22-jährige Afghane lebt zurzeit mit seiner Mutter und drei Geschwistern in einem Zimmer. »Wir wohnen wie in einem Gefängnis, aber unser Zimmer ist auch wie unsere Seele«, beschreibt er die

Lage. Sie haben keine Aufenthaltserlaubnis und erhalten deshalb auch keine Arbeitserlaubnis.

Der 21-jährige Arash Hashezeji wünscht sich: »Ich möchte eine Ausbildung machen, arbeiten und wie andere normale Menschen Steuern zahlen.« Hassan Moradi, der nach dem Deutschkurs die Mittlere Reife geschafft hat, stand im Februar 2012 kurz vor dem Eintritt ins Berufsleben. Er hatte eine Ausbildung in Aussicht, erzählt er. Aber er habe keine langfristige Aufenthaltserlaubnis bekommen, also war die Lehrstelle damals weg.

Die Angst vor der Abschiebung mache sie krank, sie litten unter Schlafstörungen, einige seien depressiv, manche hätten schon versucht, sich das Leben zu nehmen. Am 1. August ist in Deutschland ein neues Bleiberecht in Kraft getreten, das helfen soll, Kettenduldungen zu vermeiden. Doch die jungen Männer haben von den Neuregelungen nichts. Hätten sie vor dem 21. Geburtstag eine Ausbildung angetreten, würden sie von einem Bleiberecht profitieren.

»Asylanträge aus dem Iran und aus Afghanistan sind oft sehr kompliziert, und auch die Folgenanträge dauern«, sagt Mehmet Ata, der Pressesprecher des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Er hat den Flüchtlingen eine Antwort auf ihren Brief an Bundesamtspräsidenten Schmidt zugesagt. »Ich konnte ihnen aber weiter nichts zusagen«, sagt Ata. Die dreimonatigen Duldungen seien Sache der jeweiligen Ausländerbehörde, ergänzt er. Hier könne die Bundesbehörde nichts unternehmen.

### CDU fordert höhere Erstattung

Das Land Nordrhein-Westfalen soll den Kommunen die Kosten für Flüchtlinge voll erstatten. Das fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper aus Rietberg (Kreis Gütersloh). Die Haushalte stünden vor dem Kollaps, der von Innenminister Ralf Jäger (SPD) angekündigten Entlastung miss-

ten Taten folge. Im vergangenen Jahr seien nur etwa 25 Prozent der kommunalen Aufwendungen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vom Land erstattet worden, rechnete Kuper vor: 500 Millionen Euro hätten die Städte und Gemeinden bezahlt, das Land dagegen nur 112 Millionen Euro.

## Zweifel an Kohls Aussage

**Berlin** (dpa). Äußerungen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) werfen neue Fragen in der CDU-Spendenaffäre um Altbundeskanzler Helmut Kohl auf. Kohl hatte gestanden, in den 90er Jahren zwei Millionen D-Mark für die Partei entgegengenommen zu haben, ohne sie als Spende auszuweisen. Die Namen der Spender

wollte Kohl nicht nennen, mit der Begründung, ihnen sein Ehrenwort gegeben zu haben. In einem Interview für einen Dokumentarfilm (ARD, 24. August, 21.30 Uhr) antwortet Schäuble nach Angaben des Senders nun auf eine Frage nach den Spendern: »Es gibt keine. Es gab aus der Zeit von Flick schwarze Kassen.«

## Thailands Polizei sucht Mann mit Rucksack

Zahl der Toten auf 20 gestiegen – Weiterer Anschlag misslingt

**Bangkok** (dpa). Auf der Suche nach den Drahtziehern des schwersten Anschlags in der Geschichte Bangkoks verfolgen Polizei und Militär eine erste heiße Spur. Eine Videokamera filmte einen jungen Mann mit Rucksack in der Nähe des Tatorts.

Der Mann entfernte sich wenig später ohne Gepäck, wie auf Bildern aus einer Überwachungskamera zu sehen war. Er trug ein auffälliges gelbes T-Shirt. Die Bilder waren sehr grobkörnig, mit bloßem Auge ist nicht zu erkennen, ob es sich um einen Thailänder oder Ausländer handelt. Bei dem Anschlag im Zentrum der thailändischen Hauptstadt waren am Montagabend 20 Menschen ums Leben gekommen und 125 verletzt worden. Unter den Toten sind mindestens fünf Thailänder, vier Chinesen, zwei Malayrier und eine Frau aus Singapur. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es: »Uns liegen bislang keine Erkenntnisse vor, dass unter den Opfern auch deutsche Staatsangehörige sind.«

Die Hintergründe des Anschlags sind weiter unklar. Verantwortlich seien »Einzelpersonen oder Gruppen, die die Absicht haben, Thailand zu schaden«, sagte Regie-

rungschef Prayuth Chan-ocha in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache. »Sie wollen unsere Wirtschaft und den Tourismus zerstören.« In Bangkok sind 1160 zusätzliche Sicherheitskräfte im Einsatz, sagte er. Prayuth hatte als Armeechef im Mai 2014 die gewählte Regierung gestürzt. Vorauszugehen waren wochenlange politische Querelen und Demonstrationen. Prayuth ließ sich dann zum Regierungschef ernennen.

An einem belebten Ausflugsplatz am Fluss Chao Praya gab es nach

ersten Angaben der Polizei gestern einen zweiten Anschlag. Ein Unbekannter habe eine Rohrbombe in die Menge schleudern wollen, sein Ziel aber verfehlt, sagte ein Polizeisprecher. Der Sprengsatz sei im Fluss gelandet und explodiert.

»Wir haben einen Knall gehört und eine Wasserfontäne gesehen«, berichtete der Musikproduzent Sean Carter, der in Bangkok lebt und in der Gegend war. Der Pier ist bei Besuchern beliebt, weil dort Ausflugsboote für Fahrten zu den Touristenattraktionen ablegen.



Die thailändische Polizei veröffentlichte ein Video des Mannes mit gelbem T-Shirt. Er soll in den Bombenanschlag verwickelt sein. Foto: dpa

## Merkel reist ins Krisenland

Brasilien: Proteste gegen Präsidentin Rousseff weiten sich aus

**Rio de Janeiro** (dpa). Der Druck auf die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff wird immer stärker: Fast eine Million Menschen gingen bei den größten Protesten seit Monaten auf die Straße und forderten ihre Ablösung.

Heute Abend erwartet die angeschlagene Präsidentin Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Brasília, dort finden morgen die ersten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen statt. Es sollen eine Reihe von Abkommen unterzeichnet werden. Merkel wird von sechs Ministern nach Brasilien begleitet.

Nach Angaben der Polizei beteiligten sich bei den letzten Protesten gegen Rousseff mehr als 880 000 Menschen, die meisten in São Paulo. In über 150 Städten wurden gegen die ökonomische und politische Krise im fünfgrößten Land der Welt protestiert – vor allem gegen den größten Korruptionsskandal der Geschichte des Landes, in den die regierende linke

Arbeiterpartei Rousseffs verstrickt ist. Rousseff berief wegen der Proteste eine Krisensitzung mit ihren engsten Ministern ein, um die Lage zu analysieren, berichtete die Agência Brasil. Konkrete Ergebnisse wurden aber nicht bekannt.

Die rund 1400 in Brasilien tätigen Unternehmen sorgen sich angesichts der Zuspitzung der Krise, die auch mit externen Faktoren wie dem niedrigen Ölpreis zu tun hat. Vor allem ist der Konsum eingebrochen, im Automobilbereich allein in diesem Jahr um rund 20 Prozent, weshalb hier Entlassungen drohen.

Es war bereits die dritte Protestwelle in diesem Jahr, sie erreichte aber nicht die Zahl von 1,7 Millio-



Dilma Rousseff ist unter Druck. Foto: dpa

nen Demonstranten wie Mitte März. Laut einer Umfrage sind 66 Prozent für ein Amtshöbungsverfahren durch den Kongress zur Ablösung der linksgerichteten Präsidentin, obwohl Rousseff erst im Oktober 2014 für eine zweite Amtszeit gewählt worden war. Aber der Protest richtete sich auch gegen Ex-Präsident Luiz Inacio Lula da Silva; in der Hauptstadt Brasília war eine riesige aufgeblasene Lula-Figur in gestreifter Häftlingsuniform zu sehen. Bei überhöhten Abschlüssen für Bauaufträge sollen dutzende Politiker Provisionen kassiert haben. Rousseff bestreitet jede Verwicklung. Das System soll einen Schaden von mehreren Milliarden Euro angerichtet haben. **Seite 4: Leitartikel**

## NSU: Zeuge will ebenfalls klagen

**München** (dpa). Ein 32-Jähriger aus Chemnitz hat laut Juristenkreisen beim Münchner Oberlandesgericht seine Zulassung als weiterer Nebenkläger im NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe beantragt. Der Mann hatte in dem Verfahren als Zeuge ausgesagt, er habe versucht, die mutmaßlichen NSU-Terroristen nach einem Überfall auf einen Supermarkt 1998 zu verfolgen. Dabei sei er gezielt beschossen worden. Das Gericht hat noch keine Entscheidung gefällt.

## USA wollen Kuba anfliegen

**Washington** (dpa). Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba streben die USA bis Ende des Jahres den Beginn eines kommerziellen Flugverkehrs zwischen den Staaten an. Die US-Behörden und die kubanische Regierung arbeiten an einer Einigung, wie das »Wall Street Journal« unter Berufung auf US-Beamte berichtet. Zudem sollen Reisebeschränkungen gelockert werden. Beide Länder hatten im Juli ihre Beziehungen normalisiert.

## Aktivistin deckt Kremli-Trolle auf

**St. Petersburg** (dpa). Ein Gerichtsprozess in Russland hat Einblicke in die geheime Arbeit von Kremli-Trollen genannt. Die Aktivistin Ljudmila Sawtschuk hatte nach einer Kündigung gegen ihren Arbeitgeber geklagt, der nach ihrer Darstellung in St. Petersburg Trolle beschäftigt. Trolle verbreiten in sozialen Netzwerken Propaganda, indem sie zum Beispiel russlandkritische Berichte westlicher Medien torpedieren.

## 2000 Interessenten für Lucke-Partei

**Berlin** (dpa). Der vor einem Monat gegründeten Partei des ehemaligen AD-Gründers Bernd Lucke, Alpha, wollen sich bislang etwa 2000 Menschen anschließen. Nach Angaben aus Parteikreisen gehörten mehr als ein Viertel der potenziellen Mitglieder zuvor nicht der AfD an. Lucke sagte, bei den Anträgen schaue man »sehr, sehr genau hin, denn es geht uns darum, politisch zuverlässige Mitglieder zu gewinnen.«